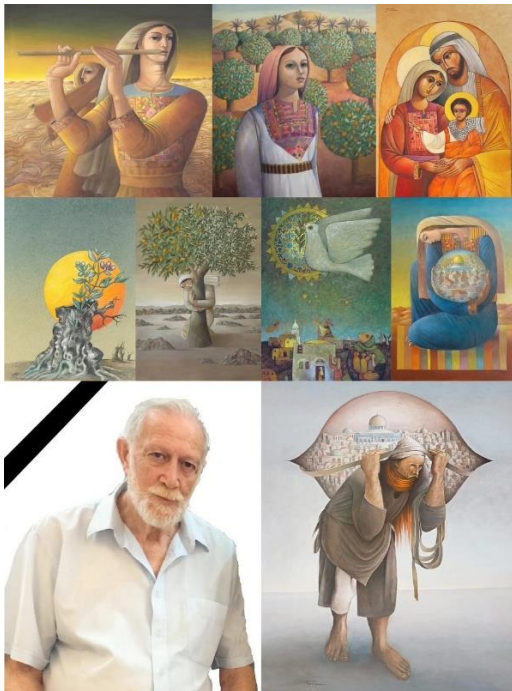


DPG-Rundbrief 18-2026 September 2026

DPG-Rundbrief

Nachruf auf Sliman Mansour - die Kunstikone Palästinas



Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. trauert um den bedeutenden palästinensischen Künstler **Sliman Mansour**, der am heutigen Montagabend, dem 24. August 2026, in Jerusalem verstorben ist.

Mit seinem Tod geht eine jahrzehntelange, außergewöhnliche künstlerische und schöpferische Laufbahn zu Ende. In dieser Zeit hat er maßgeblich dazu beigetragen, der palästinensischen Kunst eine eigene Ausdrucksform und einen festen Platz zu geben. Seine Werke bewahren die palästinensische Erinnerung und machten sie sichtbar und erfahrbar.

Der Verstorbene gehörte zu den herausragenden palästinensischen bildenden Künstlern, prägte und beeinflusste die palästinensische Kultur. Seine Kunst war eng mit dem Menschen, dem Land, der Erinnerung und seiner Heimat verbunden.

In seinen Werken brachte er die Fragen, Hoffnungen und Sehnsüchte der Palästinenser zum Ausdruck. Durch sein jahrzehntelanges künstlerisches Schaffen bereicherte er die palästinensische Kultur- und Kunstszenen und trug wesentlich dazu bei, der palästinensischen Kunst auch in der arabischen Welt und international Anerkennung zu verschaffen.

Besonders ist zu erwähnen, dass Sliman Mansour und der Unterzeichnende sich seit Kindheit kannten, da sie das Internat der Evangelisch-Lutherischen Schulen in Bethlehem und Beit Jala besuchten. Gegenseitige Besuche haben diese Verbundenheit verstärkt, die nun plötzlich beendet ist.

Es war uns immer eine besondere Ehre und Freude, von Sliman Mansour verschiedene seiner Bilder zur Veröffentlichung in den Zeitschriften unserer Gesellschaft erhalten zu haben. Gerade kurz vor seinem Tod hat er uns mehrere Zeichnungen von traumatisierten Kindern in Gaza für das Sonderheft „40 Jahre DPG“ zur Verfügung gestellt.

Wir haben Sliman als Künstler und als Menschen kennen- und schätzen gelernt. Wann immer sich uns die Gelegenheit bot, mit ihm zusammenzutreffen, begegneten wir seiner tiefen und eindrucksvollen Sicht auf Kunst, Kultur und Heimat.

Sein Vermächtnis – seine Kunst, seine Haltung und seine Menschlichkeit – wird im Bewusstsein unserer Gesellschaft, in der palästinensischen Kulturlandschaft und in der Erinnerung all jener weiterleben, die das Privileg hatten, mit ihm zusammenzuarbeiten oder von ihm zu lernen.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft nimmt Abschied von dieser großen künstlerischen und menschlichen Persönlichkeit. Wir erinnern uns dankbar an sein Lebenswerk und seine vielfältigen Beiträge und sprechen seiner Familie, seinen Freunden, Kolleginnen und Kollegen, seinen Schülerinnen und Schülern sowie der gesamten palästinensischen Kunst- und Kulturszene unser tief empfundenes Mitgefühl aus.

Allen, die ihn kannten und ihm verbunden waren, gilt unsere Anteilnahme in dieser schweren Stunde.

Der Tod von Sliman Mansour ist ein großer Verlust für die palästinensische Kunst und Kultur. Was er der palästinensischen Kunst und ihrem kollektiven Gedächtnis hinterlassen hat, wird bleiben – als Zeugnis seiner Zeit und als Ausdruck jenes Palästina, das er liebte, malte und sein Leben lang in sich trug.

Nazih Musharbash

Hinweis:

Sliman Mansours künstlerischer Werdegang in einem Videofilm von Nazih Musharbash

<https://www.youtube.com/watch?v=RJ7Sc2X2mKU>

Die bevorstehenden palästinensischen Wahlen

Palästina steht voraussichtlich vor drei wichtigen Wahlen:

1. die Wahl des Legislativrats für das Westjordanland, Jerusalem und den Gazastreifen,
2. die Wahl des Präsidenten der Palästinensischen Nationalen Autorität,
3. die Wahl des Palästinensischen Nationalrats innerhalb und außerhalb Palästinas.

Wahlen sind das rechtlich-demokratische Instrument, das dem Prinzip der Volkssouveränität Ausdruck verleiht. Niemand kann außerhalb oder oberhalb des Willens der Wählerinnen und Wähler Legitimität beanspruchen.

Die bevorstehenden palästinensischen Wahlen müssen dazu dienen, die Spaltung zwischen Westjordanland und Gazastreifen, zwischen Fatah und Hamas sowie zwischen den übrigen Fraktionen, politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften und unabhängigen Persönlichkeiten zu beenden.

Deshalb müssen beide Seiten der Spaltung – Fatah und Hamas – erkennen, dass keine von ihnen allein über eine ausreichende demokratische Legitimität verfügt.

Die Palästinensische Autonomiebehörde in Ramallah hat an Legitimität verloren, weil dort seit mehr als zwanzig Jahren keine Wahlen mehr stattgefunden haben. Hinzu kommt, dass es sich bei der PA ursprünglich um eine Übergangsbehörde handelte, die als Vorstufe zur Errichtung eines unabhängigen Staates gedacht war ein Staat, der Ausdruck des palästinensischen Kampfes für Selbstbestimmung ist und nicht lediglich Ergebnis von Verhandlungen. Deshalb braucht die Autonomiebehörde eine Erneuerung und die erneute Zustimmung auf nationaler, arabischer und internationaler Ebene, damit sie tatsächlich als Modell für den künftig unabhängigen Staat dienen kann.

Auch die Herrschaft im Gazastreifen verfügt nicht über demokratische Legitimität. Die Hamas errang bei den Legislativratswahlen 2006 die Mehrheit und wurde mit der Bildung und Leitung der Regierung beauftragt. Diese Legitimität verlor sie jedoch infolge des gewaltsamen Umsturzes, den sie 2007 durchführte.

Selbst die Staaten, die der Hamas nahestehen, wie Katar, die Türkei oder der Iran erkennen nicht die Hamas-Verwaltung, sondern die palästinensische Autonomieverwaltung in Ramallah unter Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an.

Deshalb brauchen sowohl Ramallah als auch Gaza eine rechtliche Legitimation und eine demokratische Entscheidung durch die Wahlurnen – ebenso wie sie die verlorene Einheit benötigen.

Das Ergebnis der Wahlen ist nicht nur erforderlich, um die rechtlich-demokratische Legitimität zu bestätigen. Es ist auch politisch notwendig, um eine nationale Einheit herzustellen, Israel als Besatzungsmacht gemeinsam entgegenzutreten und gegenüber der internationalen Gemeinschaft mit einer Stimme zu sprechen. Immer mehr Staaten zeigen sich solidarisch mit dem palästinensischen Volk und erkennen die Gerechtigkeit seines Anliegens an. Sie zögern jedoch weiterhin Palästina als Staat anzuerkennen – zum einen wegen der fehlenden oder geschwächten rechtlichen Legitimität der Autonomiebehörde in Ramallah, zum anderen wegen der innerpalästinensischen Spaltung und der Schwierigkeit, mit dem Gazastreifen und dem Leid seiner Bevölkerung umzugehen, solange dort eine Hamas-Herrschaft besteht, der die demokratische Legitimität fehlt.

Aus diesen Gründen kommt der Durchführung und dem Erfolg der bevorstehenden Wahlen eine entscheidende Bedeutung zu. Voraussetzung für den Erfolg der Wahlen ist, dass sowohl Fatah als auch Hamas tatsächlich die Bedeutung erkennen und die notwendigen praktischen Schritte zur Vorbereitung dieser Wahlen zu akzeptieren und umzusetzen. Ebenso müssen sie sich vorab verpflichten, die Ergebnisse der Wahlen anzuerkennen.

Nur so können die Prinzipien des friedlichen Machtwechsels und der politischen Partnerschaft gefestigt werden.

Die Fatah ist nicht mehr die alleinige starke politische Organisation, die sie über lange Zeit hinweg war. Und auch die Hamas ist trotz ihrer Bedeutung und Stärke nicht zu einer Kraft geworden, die als alleinige Alternative zur Fatah betrachtet werden könnte. Beide politischen Kräfte müssen die Realität anerkennen, dass sie in der anderen Seite einen politischen Partner hat.

Wenn diese realistische und praktische Erkenntnis erreicht wird und man sich von gegenseitigen Alleinvertretungsansprüchen, Individualismus und einseitiger Machtausübung verabschiedet, kann die palästinensische Nationalbewegung ihre Arbeit gemeinsam darauf ausrichten, die Erwartungen ihres Volkes zu erfüllen und seine Rechte durchzusetzen: in Frieden und mit nationaler Selbstbestimmung.

Nazih Musharbash

Pressemitteilung der DPG

In einer Pressemitteilung vom 21.8.2026 hat die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG) die Bundesregierung aufgefordert, nicht länger Sanktionen gegen die israelische Regierung zu verhindern.

<https://dpg-netz.de/presse-medien/pressemitteilung-vom-21-08-2026-dpg-fordert-sanktionen-gegen-israels-regierung-ben-gvir-ausdruck-der-menschenverachtenden-politik/>

Hintergrund und Reaktionen

- Anlass sind menschenverachtende Äußerungen des israelischen Sicherheitsministers Itamar Ben-Gvir zu gezielten Tötungen im Gazastreifen, die in Deutschland scharfe politische Reaktionen auslösten. Ben-Gvir hatte öffentlich dafür plädiert, jede Nacht 30 bis 40 Menschen im Gazastreifen zu töten, und erklärt, manche Menschen dort hätten „nicht verdient zu leben“.
- Die DPG weist darauf hin, dass die Aussage Ben Gvirs kein verbaler Ausrutscher eines rechtsradikalen Ministers ist, sondern Ausdruck der Haltung der israelischen Regierung. Auch anderer Minister der Netanjahu-Regierung – einschließlich Mitglieder von Netanjahus Likud-Partei – haben ähnliche menschenverachtende und lebensvernichtende Äußerungen gemacht.

Politische Haltung in Deutschland

- Regierungsmitglieder und Politiker von Union und SPD verurteilten die Aussagen von Ben Gvir scharf und zeigten sich erstmals offen für EU-Sanktionen (wie Einreisesperren oder das Einfrieren von Vermögen des Ministers). Außenminister Johann Wadephul brachte ein gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene ins Gespräch. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass es Deutschland ist, das bislang alle Maßnahmen auf EU-Ebene verhindert hat.
- Deutschland verurteilt Israel und bleibt trotzdem untätig. Das ist seit Jahren das Muster deutscher Nahostpolitik: **verurteilen, mahnen, appellieren** – und anschließend **keine konkreten Konsequenzen** ziehen.

Internationaler Stand

- Länder wie Frankreich, Irland, Spanien und Slowenien haben bereits nationale Einreiseverbote gegen Ben-Gvir verhängt. Ein geschlossenes EU-Vorgehen erfordert Einstimmigkeit im Europäischen Rat, die bisher am Veto weniger Mitgliedstaaten, allen voran Deutschlands, scheiterte.

Position der DPG

- Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft kritisiert, dass eine Debatte über Maßnahmen gegen einzelne Minister zu kurz greift. Die DPG fordert grundsätzliche politische Konsequenzen sowie Sanktionen gegen die israelische Führung.
- Die DPG fordert den Stopp jeder Form der militärischen Zusammenarbeit mit Israel, die sofortige Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel sowie ein Importverbot von Siedlungsprodukten.

SAVE THE DATE

40 Jahre

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

JUBILÄUMSVERANSTALTUNG

Wir feiern vierzig Jahre
Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Humanitäre Hilfe in Palästina,
für Dialog, Völkerverständigung und Aufklärung in Deutschland.



Sonntag, 8. November 2026

Einladung und Programm folgen.



Köln, Ort der Gründung



Unsere **Homepage** www.dpg-netz.de bietet weitere Informationen. Bitte auch unseren **Terminkalender** beachten:

<https://dpg-netz.de/veranstaltungen/>

Unser Einsatz für die hungernden Kinder geht weiter. Ihre Spenden leiten wir direkt an die für Gaza tätigen Hilfsorganisationen.

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODED1SPK

Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza - Palästina

Verantwortlich für diesen Rundbrief: Nazih Musharbash, Präsident der DPG e.V.